

KOMMENTAR

Ein Feiertag für Kinder!

SUSANNE HENNIG-WELLSOW



Der Kindertag soll in Thüringen Feiertag werden. Arbeitsfrei für alle. Vier Gründe gibt es dafür.

Erstens: Wir wollen, dass Eltern und Großeltern mehr Zeit für ihre Kinder und Enkel haben. Mehr Familienfreundlichkeit, das wünschen sich alle. Zweitens: Gesetzliche Feiertage haben hohen symbolischen Wert. Wir wollen Kinder und Familien mehr würdigen – denn das haben sie verdient. Ein zusätzlicher freier Tag ist eine kleine, aber sehr ernst gemeinte Geste an die Kinder.

Drittens: Der Beschluss, den wir als rot-rot-grüne Koalition gerade vorbereiten, ist ein Schritt zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Im Herbst 2019 jährt sich der Beschluss der Vereinten Nationen zum 30. Mal, ab dann soll der Feiertag hier in Thüringen arbeitsfrei sein.

Und viertens: Wir wissen, dass die Menschen viel zu viel arbeiten müssen. Körperliche und psychische Belastungen und Erkrankungen werden mehr, zu viele Angestellte leiden unter Stress und haben zu selten die Chance, wirklich von der Arbeit abzuschalten. Wir brauchen daher Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust. Ein zusätzlicher Feiertag bringt das mit sich – ein guter Nebeneffekt.

Endlich anpacken und machen!

Rot-Rot-Grün geht bei Digitalisierung in die Offensive

Digitalisierung verändert fast jeden Lebensbereich: Arbeit, Bildung, Freizeit, Medien, Politik, Produktion, Verwaltung. Chancen und Risiken sind groß.

Die großen Konzerne wie *Microsoft*, *Google* oder *Apple* wollen Profit erzielen – mit Technik, Software und unseren Daten. Unklar ist, ob Arbeit 4.0 Jobverlust für die einen und mehr Stress für die anderen oder vielleicht doch gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet? Konzerne und Unternehmen warten jedenfalls nicht, bis sich die Gesellschaft entscheidet, wie eine digitale Zukunft aussehen soll. Politik muss also handeln.

Für DIE LINKE heißt das: Wir müssen Digitalisierung nach demokratischen und sozialen Bedürfnissen gestalten – von den Menschen aus, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Datenschutz und digitale Freiheiten sind wichtiger als die Ausbeutung von Daten als »Rohstoff«. Der Zugang zum Internet muss heute Teil der Daseinsvorsorge sein.

Wir wollen Netzneutralität, freies WLAN, quelloffene Soft- und Hardware und eine Öffnung der Infrastruktur. Wir brauchen die Digitalisierung öffentlicher Verwaltung – bürgerfreundlich und sicher. Um dafür Anregungen

zu bekommen, besuchte nun der Wirtschaftsausschuss des Landtages Estland. Schon über 5.000 staatliche Dienstleistungen können dort digital erledigt werden. Katharina König-Preuss, die netzpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion, zog Bilanz: »Estland zeigt, dass eine gute Digitalisierung der Verwaltung möglich ist.« Nach Jahren

des digitalen Dauerschlafes der CDU-Regierungen handeln DIE LINKE und die rot-rot-grüne Landesregierung nun, zum Beispiel mit dem eGovernment-Gesetz oder der Glasfaserstrategie. Der Rückstand muss aufgeholt werden. »Anpacken und machen!«, so König-Preuss. ■ *Lesen Sie mehr zu diesem Thema auf Seite 2.*



Christdemokraten beschädigen Justiz

Parteiliches Taktieren der CDU bei Richterwahl

Öffentlich und transparent stand am 13. Juni 2018 Dr. Stefan Kaufmann den Abgeordneten der Thüringer Linksfraktion Rede und Antwort. Er ist Präsident des Oberlandesgerichtes in Jena und soll neuer Präsident des Verfassungsgerichts werden. DIE LINKE befragte den Juristen intensiv – durchaus kritisch. Am Ende stand die Entscheidung, ihn zu unterstützen. Journalisten nutzten die öffentliche Vorstellung, um Transparenz über die Auswahl herzustellen.

Im Vorfeld gab es Irritationen. DIE LINKE hatte schon im Mai die Einladung an Dr. Kaufmann ausgesprochen, sich den Abgeordneten vorzustellen und sich auf den 20. Juni geeinigt. Das wurde der Fraktion durch die CDU als angebliche Verzögerung vorgeworfen.

Die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow, erklärt: »Offenbar auf Druck des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Mike Mohring, hat sich Dr. Kaufmann jetzt gezwungen gesehen, unserer Fraktion zuzugeste-

hen, dass er die Wichtigkeit und die politische Brisanz einer schnelleren Termingestaltung nicht gesehen habe.« Der Presse steckte die CDU vorab, der Jurist werde der Linksfraktion mitteilen, vor dem 20. Juni das Gespräch zu suchen. Hennig-Wellsow dazu: »Damit erweckt die CDU den Eindruck, sie führe Regie über den Termin-Kalender und das Handeln von Dr. Kaufmann. Das wird der anerkannten Person, der Funktion und der Souveränität des Präsidenten des Oberlandesgerichtes nicht gerecht. Mohrings Agieren hat

den Kandidaten unnötig politisch diskreditiert. Verantwortung für Thüringen und die Unabhängigkeit der Justiz zu tragen, gebietet es, sich an Regeln zu halten und nicht den Leumund von Personen wegen eines möglichen eigenen Vorteils zu beschädigen.« In seiner Vorstellung warf Dr. Kaufmann ein erschreckendes Licht auf den Filz in Thüringen unter der CDU. Er erklärte öffentlich, dass seine Karriere in der Thüringer Justiz ohne sein früheres CDU-Parteibuch so nicht möglich gewesen wäre. ■

Digitalisierung: Politik muss gestalten

DIE LINKE stellt sich den Herausforderungen der Digitalisierung

✎ KATHARINA KÖNIG-PREUSS

Wir leben in einem digitalen Zeitalter. Durch die Nutzung des Internets erlangen wir fast unbegrenzten Zugang zu Wissen. Kommunikation zwischen Menschen wird einfacher, Unternehmen und Verwaltungen gewinnen an Effizienz. Inzwischen ist ein Zugang zum Internet wesentlicher Bestandteil sozialer Teilhabe.

DIE LINKE im Thüringer Landtag streitet deshalb dafür, allen Menschen einen Internet-Zugang zu ermöglichen

und als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge zu begreifen, negative Auswirkungen für die Arbeitswelt abzuwehren und Datenschutz und Datensicherheit sowohl gegen staatliche als auch wirtschaftliche Interessen auszubauen. Die Digitalisierung nach demokratischen und sozialen Bedürfnissen zu gestalten, ist die Herausforderung.

Das Internet ist ein unabdingbares Werkzeug in der täglichen Kommunikation. Immer mehr Daten von Menschen, Behörden und Unternehmen fließen. Eine schnelle Versorgung mit

Internet ist daher eine zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit. Zugleich setzen wir uns für die Wahrung der Netzneutralität ein, um zu verhindern, dass künftig der Geldbeutel über eine vernünftige Internetgeschwindigkeit entscheidet.

Linke Netzpolitik

Die Digitalisierung ist das Mammutprojekt des beginnenden 21. Jahrhunderts. Seien es offene Netze und Zugänge für Alle, offene Standards und Schnittstellen, quelloffene Soft- und

Hardware, die Ablehnung von zunehmenden Überwachungsmaßnahmen durch staatliche Behörden oder Unternehmen oder die Umstellung von Behördengängen – in allen Bereichen der Netzpolitik gibt es genug für DIE LINKE zu tun. Fest steht jetzt schon: Die Digitalisierung wird unsere Art zu leben und zu arbeiten in vielen Bereichen grundlegend verändern. Dieses so zu gestalten, dass die Digitalisierung mit einem Mehrwert für die hier lebenden Menschen einhergeht ist das Anliegen LINKER Netzpolitik. ■



FOTO: © H. BRÄMMEIER (PIKABAY)

ENERGIE

Mehrheit für Windkraft

»Nicht anders zu erwarten«, so kommentierte Steffen Harzer das Ergebnis einer aktuellen Umfrage zur Windenergienutzung in Thüringen. Der energiepolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag sieht sich in seiner Auffassung bestätigt, »dass die Stimmungsmache der CDU und ihrer Energiepolitiker gemeinsam mit dem Landesverband der Bürgerinitiativen gegen die Windkraft in Thüringen an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbeigeht.« Die neuen Zahlen stammen aus einer Umfrage des renommierten Instituts *Forsa*, die im Mai im Auftrag der *EnBW*-Niederlassung Thüringen erstellt worden war. Demnach stehen mehr als 70 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer der Nutzung und dem Ausbau von Windenergie grundsätzlich positiv gegenüber.

Für Harzer ist damit klar: »Das zeigt, dass das Bewusstsein in Bezug auf die Notwendigkeit der Energiewende zum Schutze unseres Klimas in der Bevölkerung höher entwickelt ist, als es uns die Kleingeister und Leugner des Klimawandels glauben machen wollen.« Langfristig führe kein Weg an einer Zukunft mit 100 Prozent erneuerbaren Energien vorbei. »Dieses Ziel hat Rot-Rot-Grün im Koalitionsvertrag für das Jahr 2040 vereinbart. Die Umfrage zeigt, dass es dafür in Thüringen eine Mehrheit und Unterstützung gibt«, sagte der Energieexperte.

QR-Code zur *Forsa*-Studie für die Thüringer *EnBW*-Niederlassung



Wenn digital normal ist

Thüringer Politik informierte sich in Estland über digitale Verwaltung

»Wissen Sie noch, wie das war, als Abgeordnete immer diese Berge von Papier aus ihren Postfächern holen mussten?« Allgemeine Belustigung der Thüringer Delegation war die Folge, als der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des estnischen Parlaments, Sven Vester, für diesen Normalzustand in Thüringen die Vergangenheitsform benutzte.

✎ THOMAS VÖLKER

Dennoch hat Estland seit Jahren eine papierlose Verwaltung und spart dadurch Verwaltungskosten in Höhe von zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts. Über 5.000 staatliche Dienstleistungen können durch Bürger*innen und Unternehmen digital abgewickelt werden – eigentlich alles außer Heirat und Scheidung. Wird ein Kind geboren, erhalten die Eltern das Kindergeld ohne auch nur ein Formular ausfüllen zu müssen. 98 Prozent der Bevölkerung nehmen aktiv am digitalen Alltag teil. Über diese Entwicklung informierte sich nun der Wirtschaftsausschuss des

Thüringer Landtages, darunter für DIE LINKE Katharina König-Preuss, Katja Mitteldorf, Knut Korschewsky sowie Margit Jung.

Die Selbstverständlichkeit des Digitalen war das Erhellende für die Abgeordneten und zugleich der erste Baustein, warum vieles in Deutschland so nicht klappt. Denn mit der Unabhängigkeit 1991 wurde entschieden, keine bestehenden Verwaltungssysteme zu kopieren, sondern einen eigenen Weg zu gehen. Im Ergebnis waren zum Beispiel schon im Jahr 2000 alle Schulen und öffentlichen Gebäude mit schnellem Breitband versorgt.

Unbefangenheit im Umgang mit digitalen Produkten heißt jedoch nicht, dass es für Datenschutz und Überwachung keine Sensibilität gäbe. Das estnische System basiert auf zwei Elementen: Alle Daten gehören den Bürger*innen, und nur sie können sie vollständig einsehen und kontrollieren, wer Zugriff darauf hatte. Unbefugte Zugriffe werden drastisch bestraft. Zweitens sind die Kodierungen und Algorithmen einsehbar, so dass Fehler oder Sicherheitslücken schnell sichtbar und Hinter-

türen zum Beispiel für Geheimdienste ausgeschlossen werden können.

Die netzpolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion, König-Preuss, zog Bilanz: »Offene Standards, offene Daten und quelloffene Software, gepaart mit umfangreichen Auskunftsrechten der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat sind Grundpfeiler einer funktionierenden Digitalisierung, die Menschen mitnimmt und Spielraum für wirtschaftliche Entwicklungen lässt. DIE LINKE fordert schon seit vielen Jahren, diesen Weg auch in Deutschland einzuschlagen. Mit dem kürzlich von Rot-Rot-Grün verabschiedeten eGovernment-Gesetz haben wir einen ersten Schritt gemacht, auf den mehr folgen muss. Estland zeigt, dass eine gute Digitalisierung der Verwaltung möglich ist und wie das im Detail gut und sicher gelingen kann. Nicht alles ist eins zu eins in Thüringen anzuwenden. Doch unser Besuch und die Gespräche haben deutlich gemacht, dass wir bisher Potenziale der Digitalisierung ungenutzt lassen. Für uns heißt die Devise jetzt: Anpacken und machen!« ■



FOTO: © LINKSFRAKTION

Energie: sozial, regional, ökologisch

Erfolg der Rekommunalisierung der Energieversorgung

Für DIE LINKE müssen Energieproduktion und -versorgung sowohl sozial, regional und ökologisch sein. Energiepreise müssen sozial gestaltet sein und die Produktion und Verteilung ökologische Aspekte berücksichtigen.

Um das durchzusetzen, muss die Gesellschaft Einfluss auf diese Fragen haben. Sind Energieunternehmen und die Betreiber der Stromnetze in privater Hand ist aber klar, dass das

Streben nach Profit und nicht das Gemeinwohl an erster Stelle steht. Daher streitet die Linksfraktion seit langem für die Rekommunalisierung von Energieproduktion und Netzen.

In Thüringen wurde da bereits viel erreicht. Steffen Harzer, der Energieexperte der Linksfraktion, sagt: »Mit der 2013 vollzogenen Rückübertragung der Anteile des E.on-Konzerns an die Thüringer Kommunen wurde der bundesweit größte kommunale Regionalversorger geschaffen. Heute, fünf Jahre

danach, lässt sich sagen, dass dies eine nicht nur bahnbrechende, sondern auch wirtschaftlich richtige Entscheidung war.« Der damalige Bürgermeister von Hildburghausen war auf kommunaler Seite an den Verhandlungen und an der Umsetzung der Rekommunalisierung beteiligt.

Der Abgeordnete weist darauf hin, dass die Thüringer Energie AG (TEAG) heute nicht nur zu den größten Thüringer Unternehmen zählt, sondern seit der Rekommunalisierung auch ein guter Partner der Kommunen ist: »Das betrifft die Erschließung ländlicher Gebiete mit Glasfaser und Internet, die Lieferung von Strom, Erdgas und Fernwärme für mehr als eine halbe Million Kunden, aber auch als Sponsor und Partner zahlreicher kleiner Thüringer Vereine hat sich die TEAG mittlerweile profiliert.«

Zunehmend werde mit den Stadtwerken nun auch das Problem des Klimawandels und der Energiewende ein wichtiges Thema, berichtet Harzer. So gebe es eine mit den Stadtwerken gegründete Windenergie-Firma, die Anlagen betreibt und selbst entwickeln werde. »Dass die TEAG hier auf vielen Gebieten tätig ist, zeigen unter anderem ihre Angebote bei der Elektromobilität, aber auch die sanierten Wasserkraftwerke an der Werra. Ohne die Rekommunalisierung im Jahre 2013 hätte es in einem neu ausgerichteten E.on-Konzern dieses Unternehmen mit seinen rund 1.700 Mitarbeitern und Auszubildenden, einem Jahresumsatz von 1,56 Milliarden Euro und zahlreichen Aufträgen für das Thüringer Handwerk so nicht mehr gegeben.

Herzlichen Glückwunsch zum Fünfundzwanzigjährigen dem Vorstand, dem Aufsichtsrat und den etwa 800 Kommunen!« ■



FOTO: © MEHR DEMOKRATIE E.V.

» Das Kapital

200 Jahre Karl Marx, 150 Jahre *Das Kapital* – das Jahr 2018 bietet gleich zwei Marx-Jubiläen. Die Thüringer Linksfraktion zeigt deshalb über den Sommer die Ausstellung »Das Kapital in Farbe«. Der Zeichner Jari Banas hat eine Einführung in das Denken von Marx und sein Hauptwerk *Das Kapital* als Comic gezeichnet. Im vsa-Verlag ist es als Buch (170 Seiten, 16,80 Euro) erneut aufgelegt worden – und zugleich auf 15 Tafeln als Ausstellung ausgewählter Zeichnungen auf Ausstellungstour. Schwere Kost verwandelt in bunte Unterhaltung. Zu sehen ab dem 22. Juni bis Ende Juli im Thüringer Landtag, 4. Stock, Flur der Fraktion DIE LINKE.

Infos unter www.die-linke-thl.de

» Industriekultur

»Industrialisierung und soziale Bewegungen in Thüringen«, das ist das Motto des Themenjahrs 2018 des Freistaates Thüringen. Ministerpräsident Bodo Ramelow, DIE LINKE, hat nun am 7. Juni in Pößneck die nächste Station des Ausstellungs- und Veranstaltungsmarathons eröffnet. »Erlebnis Industriekultur – Innovatives Thüringen seit 1800« ist der Titel der Ausstellung, die bis zum 9. September 2018 in der Shedhalle in Pößneck zu sehen ist. Dort werden die Grundlagen der Industrialisierung und damit des wirtschaftlichen, technologischen, wissenschaftlichen und sozialen Fortschritts im 19. Jahrhundert in Thüringen gezeigt.

Mehr Infos: www.themenjahr-2018.de

» Wahlrecht

Mit einer Klage vor dem Thüringer Verfassungsgericht will die AfD 16- und 17-jährigen Jugendlichen das Wählen bei Kommunalwahlen und die Beteiligung von EU-Ausländer*innen bei kommunalen Bürgerbegehren und Einwohneranträgen untersagen. Damit zeigt die rechtsradikale Partei, dass sie die Ausweitung von Demokratie ablehnt, die Rot-Rot-Grün auf den Weg gebracht hat. Am 12. Juni 2018 verhandelte das Gericht nun über die Klage. Auch wenn ein Urteil erst im September fallen wird, sieht sich DIE LINKE durch die Verhandlung bestärkt. Denn das Gericht habe positive Signale für das abgesenkte Wahlalter und die Regelungen zu mehr Demokratie erkennen lassen.

INTERNATIONAL

Gedankenaustausch

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag Katja Mitteldorf und Christian Schaff trafen sich am 4. Juni 2018 mit Künstlern, Wissenschaftlern, Soziologen und Journalisten aus den USA, Neuseeland, Kenia, Südafrika und Polen



FOTO: © LINKSFRAKTION

zu einem Gedankenaustausch im Erfurter Parlament. Sie halten sich zur Zeit für einen mehrmonatigen Arbeitsaufenthalt an der Robert Bosch Academy in Berlin auf und besuchten nun Thüringen, um den Freistaat kennenzulernen. Fragen von Wirtschaft und Wissenschaft sowie Europa, Kultur, Medien und die Geschichte der LINKEN waren die Themen des gut zweistündigen Gesprächs.

Renommierete Experten

Die internationalen Teilnehmer sind renommierte Experten, Entscheidungsträger und Meinungsbildner, unter anderem der us-amerikanische China- und Medienexperte David Bandurski, der us-amerikanische Autor und Journalist Jay Rosen, die kenianische Friedenspraktikerin Tecla Wanjala, der polnische Soziologe und politische Kommentator Sławomir Sierakowski, der südafrikanische Menschenrechtsanwalt Brian Currin, der kenianische Start-up- und Wirtschaftsexperte James Shikwati, die us-amerikanische Wissenschaftlerin und Expertin für künstliche Intelligenz Kate Crawford sowie der mehrfach ausgezeichnete neuseeländische Theaterdirektor Simon Phillips.

Politische Alternative

Die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion Katinka Mitteldorf freute sich über das Gespräch und sagte im Anschluss: »In dem Gespräch haben wir uns über Kultur, Wirtschaft, die Geschichte unserer Partei und die allgemeine gesellschaftliche Situation unterhalten – das war wirklich spannend. Wir haben natürlich auch gleich ein paar Tipps für die touristische Erkundung mit auf den Weg gegeben.«

Der wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecher Schaff ergänzte: »Erörtert haben wir unter anderem die gesellschaftspolitischen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland nach 1990 und die Entwicklung der LINKEN zur gesamtdeutsch verankerten Linkspartei und unsere Aufgabe als soziale Alternative zum Rechtsruck.«

BILDUNG**Mehr Geld für Hochschulen**

Die Finanzierung der Hochschulen ist vor allem Aufgabe der Länder. In den meisten Bundesländern steigen nun die Investitionen in Forschung und Lehre wieder. In Thüringen erhalten die Hochschulen beispielsweise zwischen 2015 und 2019 jährlich etwa vier Prozent mehr Geld. Gleichzeitig besteht Einigkeit, dass die Herausforderungen, vor denen die Hochschulen stehen, eine gemeinsame Finanzierung von Bund und Ländern nötig macht.

Thüringen hat einen Vorschlag vorgelegt, wie die Finanzierung der Hochschulen von Bund und Ländern künftig gestemmt werden könnte. Darüber wird die Thüringer Linksfraktion und die Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft und Hochschule der Linkspartei am 17. August in einem Fachgespräch im Landtag mit ausgewiesenen Expert*innen diskutieren. Mit dabei sind unter anderem Thüringens Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee, der Sprecher für Forschungs- und Technologiepolitik der Linksfraktion im Bundestag Ralph Lenkert aus Jena, der Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg Prof. Dr. Peer Pasternack, der wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecher der Thüringer Linksfraktion Christian Schaft sowie der Kanzler der Friedrich-Schiller-Universität Jena Dr. Klaus Bartholmé.

Mehr Informationen demnächst unter www.die-linke-thl.de

Ankerpunkt der Demokratie

Großes Interesse am »Tag der offenen Tür« im Thüringer Landtag am 9. Juni

Das »Parlament als Ankerpunkt der Demokratie«, wie es Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) zur Eröffnung des »Tages der offenen Tür« am 9. Juni sagte, war erneut Ziel zahlreicher interessierter Bürgerinnen und Bürger, die oft mit der ganzen Familie kamen.

Wieder rappellvoll waren auch Plenarsaal und Besuchertribüne, als es hieß: »Landtag im Dialog – Bürger fragen, Politiker antworten«. In der Gesprächsrunde mit den Fraktionsvorsitzenden, bei der es aus dem Publikum querbeet zahlreiche Anmerkungen und Nachfragen gab, war für DIE LINKE Mike Huster, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, am Start.

Rot-Rot-Grün stellt für das Schulinvestitionsprogramm acht Mal mehr Geld zur Verfügung, als es die alte Landesregierung im Jahr 2014 getan hat, noch nie wurden so viele Lehrer neu eingestellt, wie es mit dem Doppelhaushalt 2018/19 möglich wird – der Haushalts- und Finanzpolitiker der Linksfraktion war gerade bei diesen Themen in seinem Element und konnte überzeugend argumentieren. Einigkeit über die Grenzen der demokratischen Fraktionen hinweg herrschte in der Ablehnung und Zurückweisung der

populistischen Statements des AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke. Aus dem Publikum heraus auf den »Vogelschiss« von Alexander Gauland



FOTO: © LINKSFRAKTION

angesprochen, wollte Höcke zunächst ausweichen, wurde dann aber doch deutlich. Die Kritiker nannte er »Übermoralisten« und »Oberphrasendrescher«, und er sprach von einer »fatalen Flüchtlingspolitik«, gipfend in der Aussage, der Sozialstaat sei zur Plünderung freigegeben. Es brodelte im Plenarsaal, deutlich sicht- und hörbar waren die Zuhörerinnen und Zuhörer gespalten.

Eine weitere gut besuchte Podiumsdiskussion mit den umweltpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen fand im Rahmen des Themen-Schwerpunktes Landwirtschaft und Umwelt statt. Für DIE LINKE diskutierte hier Tilo Kummer. Energiepolitik, Heizungssysteme, Klimawandel und vieles andere wurden hier zwei Stunden gründlichst erörtert. Und die Aufmerksamkeit der Gäste in den Abgeordnetenbänken war bemerkenswert. Bei hochsommerlichen Temperaturen und der großen Nachfrage kamen vor allem die Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter draußen am Infostand ins Schwitzen. Das Material ging weg wie warme Semmeln, darunter die Sonderausgabe des *ParlamentsReports* der Linksfraktion, und immer wieder wurde über dieses und jenes aus der rot-rot-grünen Politik gesprochen.

Derweil hatten die Kleinen gleich nebenan Kinderspaß mit dem Verein »Ottokar«, und vor der Staffelei der Schnellzeichnerin Fredicelli stand man gerne auch ein bisschen an.

Im Käte-Duncker-Saal, dem Sitzungsraum der Linksfraktion, ließen sich bei angenehmen Temperaturen, leckerem Kuchen, Kaffee oder roter Brause nicht wenige Besucherinnen und Besucher nieder, kamen mit Abgeordneten ins Gespräch oder konnten deren Arbeit anhand einer Fotopräsentation nachvollziehen. ■

Spende für großartiges Engagement

DIE LINKE unterstützt Sportlerchor »Bergfreunde« in Schmalkalden



FOTO: © LINKSFRAKTION

Landtagsabgeordneter Ronald Hande (DIE LINKE) übergibt Spenden-Scheck an die »Bergfreunde Schmalkalden«

»Singen schafft Freu(n)de«, das ist die Philosophie der Mitglieder des Sportlerchores »Bergfreunde Schmalkalden«. Dass dieses Motto tatsächlich gelebt wird, zeigen die vielfältigen Aktivitäten des Vereins.

Der Südthüringer Landtagsabgeordnete Ronald Hande (DIE LINKE) überreichte nun am 9. Mai 2018 eine Spende in Höhe von 500 Euro an die Vereinsmitglieder. Das Geld ist für die Organisation eines Festes anlässlich des 35-jährigen Bestehens des Chores bestimmt und stammt aus dem Fonds des linken Abgeordnetenvereins *Alternative 54*.

Das Fest wurde zwar schon im April dieses Jahres gefeiert, aber die Vereinsmitglieder freuten sich auch im Nachhinein riesig über die Spende. Der im Jahre 1983 gegründete Sportlerchor fühlt sich den Bergen seiner Heimat Thüringen besonders verbunden. Seit über 27 Jahren sind die Bergfreunde singend und wandernd beim Rennsteiglauf dabei. Auch verbindet den Sportlerchor

eine langjährige Freundschaft mit dem berühmten Dresdner Bergsteigerchor »Kurt Schlosser«, der eigens zum Fest aus Dresden nach Schmalkalden angereist war. Viele gemeinsame Auftritte waren Höhepunkte im Vereinsleben. LINKE-Politiker Ronald Hande dankte während der Scheckübergabe den Vereinsmitgliedern für ihr großartiges kulturelles und soziales Engagement.

Der Verein *Alternative 54 e. V.* setzt seit 1995 die automatische Diätenerhöhung der Thüringer Landtagsabgeordneten der früheren PDS und heutigen Partei DIE LINKE für soziale, sportliche und kulturelle Zwecke ein. Die automatische Erhöhung der Diäten, die in Artikel 54 der Thüringer Verfassung geregelt ist, hält DIE LINKE für falsch, weil sie nicht angemessen ist angesichts der Lage vieler Menschen im Land, die mit wenig Geld auskommen müssen oder in Armutsverhältnissen leben. Seit der Vereinsgründung wurden insgesamt weit über eine Millionen Euro an soziale, sportliche und kulturelle Vereine übergeben. ■



FOTO: © NMANI77 (FOTOLIA.COM)

»Nichts zu verbergen!«

Im Interview: »Der Landtag hat nichts zu verbergen«, sagt Knut Korschewsky (DIE LINKE). Er streitet gegen Lobbyismus

Der Thüringer Landtag berät auf Initiative von DIE LINKE, SPD und Grünen eine Änderung des Ministergesetzes. Es geht der Linksfraktion unter anderem darum, sogenannte »Karenzzeiten« einzuführen – also das Verbot, sofort nach dem Ende eines Ministeramtes bestimmte Tätigkeiten und Jobs wegen möglichen Interessenkonflikten auszuüben. So soll Lobbyismus verhindert werden.

Wie ist der Stand der Beratungen zum Ministergesetz?

Der Gesetzentwurf der Landesregierung überträgt die geltenden Regelungen von der Bundesebene auf Thüringen. Wir diskutieren aber schon seit längerer Zeit weitere Gesichtspunkte, die in den bisherigen Regelungen nicht enthalten sind. Bis jetzt stehen zwölf Monate Karenzzeit im Gesetzentwurf. Als LINKE fordern wir aber eine Karenzzeit von drei Jahren und hatten deswegen in der letzten Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht – der wurde damals natürlich abgelehnt. Auch Fachleute haben in der Anhörung zum Gesetzentwurf nun klar gesagt: Rot-Rot-Grün sollte mit dem Gesetz mutiger sein. Also haben wir die Frist von zwölf auf 18 Monate erhöht. In besonders problematischen Fällen kann die berufliche Tätigkeit nach dem Ministeramt sogar für 24 Monate untersagt werden, sollten Interessenkonflikte zu befürchten sein.

Weitere Änderungen von uns betreffen die Einführung eines Verbots der Tätigkeitsaufnahme vor Entscheidung durch die Landesregierung, die Besetzung des Beratungsgremiums, das die Empfehlungen an die Landesregierung

zu den einzelnen Fällen gibt. Außerdem wird es ein Ordnungsgeld geben, mit dem Verstöße gegen die Meldepflicht der beabsichtigten Tätigkeit und Verstöße gegen das Verbot der vorzeitigen Aufnahme dieser Tätigkeit finanziell spürbar sanktioniert werden.

Wie lassen sich die 18 Monate Karenzzeit begründen?

Die Frist von 18 Monaten entspricht der Entwicklung auf EU-Ebene. Fachleute bestätigen diese Entwicklung als den notwendigen Zeitraum, um den Gefahren von Lobby-Verbandelung wirksam zu begegnen. Thüringen übernimmt mit diesen Regelungen eine Vorreiter-Rolle im Bundesvergleich. Deshalb beinhalteten die Änderungen von Rot-Rot-Grün eine Evaluierungsklausel – das Gesetz wird also auf seine Wirksamkeit überprüft und fortentwickelt.

Wie soll das funktionieren?

Teil dieses künftigen Prozesses wird auch ein Bericht des beratenden Gremiums über seine Arbeit sein. Die Empfehlungen des Gremiums zu den konkreten Einzelfällen möglicher Interessenkonflikte werden dann zeitnah veröffentlicht – unter Beachtung der Grundrechte der Betroffenen. Anzuhörende machten klar, dass hier das Informationsinteresse der Bevölkerung stark zu gewichten ist, also: mehr Transparenz!

Kritiker behaupten, die Regelung sei ein »Berufsverbot« für ehemalige Minister. Stimmt das?

Absolut nein! Fachleute sehen kein Problem, weil die Untersagung von Tätig-

keiten nur ganz bestimmte, im Sinne des Lobbyismus problematische Aktivitäten erfasst und das nur für eine begrenzte Zeit. Aus verfassungsrechtlichen Gründen bekommen die von Tätigkeitsuntersagung betroffenen Personen, die keine andere Beschäftigung finden, ein Übergangsgeld. Uns geht es ums Prinzip: Lobby-Verbandelung und sogenannte »Drehtür-Aktionen«, also vom Amt direkt in die Wirtschaft, werden auch in Thüringen nicht geduldet. Solche Fälle hat es auch in Thüringen schon gegeben. Wenn zum Beispiel ein ehemaliger CDU-Ministerpräsident im Anschluss an sein Amt direkt in eine gut dotierte Tätigkeit bei einem wichtigsten Opel-Zulieferer wechselt, dann geht es auch um Fragen des Lobbyismus.

Was müsste für noch mehr Transparenz gegen Lobbyismus getan werden?

In unserem Gesetzentwurf der Linksfraktion aus der vergangenen Wahlperiode für ein Thüringer Antikorruptionsgesetz sind auch Vorschläge für ein Transparenzregister beim Landtag enthalten. Damit könnte man offenlegen, welche Akteure von außen mit welchen Inhalten und auf welchen Wegen die Erarbeitung von Gesetzen des Landtags beeinflusst haben. Daraus ist ein eigenständiger Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Landtagsfraktionen geworden. Dieses Transparenzregister ist ein notwendiger weiterer Baustein, um die Arbeit des Landtages und der Politik durchschaubarer zu machen. Der Landtag hat doch nichts zu verbergen! Darum ist es nur gut und richtig, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich umfassend zu informieren. ■

GLEICHSTELLUNG

Barrieren abbauen!

Karola Stange freut sich. Ihre jahrelangen Bemühungen für Menschen mit Behinderungen haben sich wieder einmal gelohnt. Mit einem neuen Gesetz wird die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in Thüringen nun deutlich verbessert. Damit werden langjährige Forderungen von Vereinen und Verbänden sowie der Thüringer Fraktion DIE LINKE verwirklicht. Stange, die behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, sagte: »Thüringen ist auf einem guten Weg zu einer inklusiven Gesellschaft.«

Am 12. Juni hat die Thüringer Sozialministerin Heike Werner (DIE LINKE) die neuen Regelungen vorgestellt. Sperrig ist der Name des Gesetzes: »Thüringer Gesetz zur Gleichstellung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen«, einfach zu merken dagegen die Abkürzung: *ThürGIG*.

Ungefähr 380.000 Menschen mit einer festgestellten Behinderung gibt es in Thüringen, davon etwa 229.100 schwerbehinderte Menschen. Fragen der Gleichstellung betreffen in Thüringen also bis zu 17 Prozent der Bevölkerung sowie deren Angehörige. Ministerin Werner erklärt: »Mit dem Gesetz kommen wir mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der im Koalitionsvertrag geforderten tatsächlichen Gleichstellung ein ganzes Stück im Interesse der Menschen mit Behinderungen weiter. Die Umsetzung ordnet sich ein in das Ziel der Landesregierung, materielle und ideelle Barrieren abzubauen und allen Menschen mit Behinderungen ein gleichberechtigtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.«

An der Erarbeitung des Gesetzes waren 72 Vereine, Verbände und Institutionen von Menschen mit Behinderungen und Träger der öffentlichen Verwaltung beteiligt. So konnten zentrale Forderungen der Interessenvertretungen aufgenommen werden. In den neuen Regelungen geht es unter anderem um Barrierefreiheit in Gebäuden der Verwaltung, die Stärkung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen und der Betroffenenverbände, die bessere Finanzierung vom Gleichstellung, Verpflichtungen zu barrierefreier Kommunikation und bessere Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Einschränkungen bei der beruflichen Ausbildung in den Lehr-, Sozial- und Gesundheitsberufen.

Die Sozialexpertin der Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag Stange ist überzeugt: »Rot-Rot-Grün setzt einen Meilenstein im Bereich der Behindertenpolitik und packt das an, was die Vorgängerregierungen bisher nicht geschafft haben.«

Mehr Informationen finden Sie auf der Internetseite des Ministeriums: www.thueringen.de/th7/tmasgff/aktuell/presse/105234/

NEBENBEI NOTIERT

Keine Panik

GASTKOMMENTAR
VON STEFAN WOGAWA

Die Strukturfonds der EU sind für Thüringen wichtige Förderinstrumente. Ob es um den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Fonds für regionale Entwicklung (ERDF) oder den Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) geht – sie stärken die soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Allein durch den ESF sind seit 1994 2,5 Milliarden Euro nach Thüringen geflossen.

Doch die EU-Kommission will die Strukturfonds-Mittel für Deutschland ab 2021 um fast 21 Prozent auf 15,7 Milliarden Euro kürzen. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU) nennt den »Austritt Großbritanniens aus der EU« als Grund. Wegen des Brexit »kommen wir um Kürzungen nicht herum«, sagte Oettinger. Gekürzt wird demnach vor allem im ESF und im ERDF. Besonders betroffen wären die ostdeutschen Länder. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) kritisierte die »gravierenden Kürzungen«, denen Thüringen damit ausgesetzt sei.

Doch die Landesregierung will ihren Einfluss auf den Bund und Europa nutzen, um die Folgen der Kürzungen abzumildern. Zudem wird aktiv umgestaltet. Beim ESF etwa ist vorgesehen, sich künftig mit weniger EU-Mitteln auf drei Schwerpunkte zu konzentrieren: Projekte für Menschen, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt schwerer fällt als anderen, Maßnahmen, die Fachkräfte für Thüringen sichern sowie die Prävention von Armut. Das ist durchaus eine »große Herausforderung« für den Freistaat, sagte Ramelow. Zur Panikmache besteht aber kein Grund. Der Kommentar in einer Regionalzeitung, aus EU-Fonds werde ab 2021 »kaum noch Fördergeld nach Ostdeutschland fließen«, schießt weit über das Ziel hinaus.



Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

ParlamentsReport

Alle zwei Wochen erscheint der *ParlamentsReport* unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer *UNZ – Unsere neue Zeitung* (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles

mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/linke_thl und bei www.facebook.com/linke.thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite www.die-linke-thl.de und auf der Internetseite des Landtages www.landtag.thueringen.de eingebettet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Gegen Neonazi-Konzerte

Broschüre informiert über die Thüringer RechtsRock-Szene

Seit 2015 steigt die Zahl der RechtsRock-Konzerte in Thüringen. 2017 zählte die Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus (MOBIT) 59 Musik-Veranstaltungen der extrem Rechten – durchschnittlich ein Konzert pro Woche. Die Broschüre »Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen« zieht Bilanz.

KAI BUDLER

Besonders die langjährige Verankerung der Akteure, eine fortschreitende Professionalisierung und der problemlose Rückgriff auf eigene Immobilien erklären die Entwicklung Thüringens zum Kernland des florierenden RechtsRock – hier gibt es Großveranstaltungen unter freiem Himmel mit teils mehreren tausend BesucherInnen, die nach dem Versammlungsgesetz angemeldet werden.



Kostenloser Bezug: Mobiles Beratungsteam, Schillerstraße 44, 99096 Erfurt, E-Mail: mail@mobit.org, www.mobit.org

In der Broschüre werden unterschiedliche Aspekte dieses Phänomens untersucht. Zu Wort kommt auch der Musikwissenschaftler Thorsten Hindrichs, der nach der Funktion von RechtsRock für die Neonazi-Szene fragt. Auf seinem Streifzug durch die Szene nimmt der Experte Jan Raabe Bands und Veranstaltungsorte unter die Lupe. Er folgt der Spur der Akteure, »die teilweise schon seit mehr als 30 Jahren aktiv sind«. Es wird deutlich: Die Großveranstaltungen in Thüringen sind nur die Spitze des Eisbergs. Das mediale Interesse an ihnen kaschiert die Alltäglichkeit der RechtsRock-Konzerte. MOBIT schließt sich nicht dem Ruf nach einer Verschärfung der Gesetze an, sondern setzt auf Vernetzung von Initiativen und fordert Professionalisierung der Behörden: Unerfahrene Behörden haben RechtsRock-Konzerte erst möglich gemacht, weil sie ihre Kompetenzen nicht kennen. Die Broschüre ist eine profunde Studie. ■

Eine Spende für den Journalismus

LINKE-Abgeordnete unterstützen Weimarer Radiosender »LOTTE«

Das Weimarer Lokalradio LOTTE erhielt von der Alternative 54 450 Euro, um die Berichterstattung zum NSU-Prozess in München zu unterstützen.

Das Geld wird für eine Sondersendung zum Urteilsspruch in den kommenden Wochen eingesetzt. Der Geschäftsführer des Radios, Markus Pettelkau, sagte: »Die Berichterstattung



FOTO: © LINKSFRAKTION

vor Ort ist ein wichtiger Teil des Projekts, leider auch ein kostspieliger. Die Gesamtkosten für eine Live-Sendung aus München liegen zwischen 2.500 und 3.000 Euro. Ohne Spenden könnten wir diese Arbeit nicht leisten. Wir sind darum mehr als froh über die Unterstützung durch den Verein *Alternative 54*.«

Die *Alternative 54 e.V.* wurde 1995 von Abgeordneten der damaligen PDS,

heute DIE LINKE, gegründet. Der Verein gibt die automatischen Erhöhungen der Abgeordneten-Diäten an soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine sowie Jugendprojekte weiter. Radio LOTTE berichtet seit 2013 wöchentlich über den NSU-Prozess. ■

Mehr Infos zur LOTTE-Berichterstattung vom NSU-Prozess: www.radiolotte.de/radio/nsu-prozess.php